

Zwischen Anpassung und Selbstbehauptung: Die Ost-CDU und ihre Sprache in den Jahren 1945-1957¹

Von Sonja Zeidler

Es ist keine neue Erkenntnis, daß es Abhängigkeiten zwischen der Sprache und dem historisch-politischen Kontext gibt, in dem sie verwendet wird. Interessant ist es jedoch, zu untersuchen, wie weit Sprache und politischer Hintergrund in Beziehung zueinander stehen.

Gegenstand vorliegender Untersuchung ist die Sprache der Ost-CDU. Sie zeigt, wie empfindlich der Sprachgebrauch auf politische Veränderungen und Machtkonstellationen reagiert. Im Mittelpunkt steht die Analyse der für die Ost-CDU wohl wichtigsten Lexeme: die Bestandteile des Parteinamens »Christlich-Demokratische Union Deutschlands« und zugehörige Wortfelder. Belege für die Relevanz des sprachlichen Ausdrucks gerade in der CDU in der DDR bieten recht anschaulich sprachreflexive Äußerungen in den parteiinternen Dokumenten, die im Archiv der Konrad-Adenauer-Stiftung zugänglich gemacht worden sind.²

Im folgenden wird anhand ausgewählter Beispiele untersucht, mit welchen lexikalischen Einheiten die Partei in den Jahren 1945 bis 1957 Aussagen zu sich, selbstbezogenen Taten und ihrem Programm verbalisiert. Der

¹ Dieser Aufsatz basiert wesentlich auf meiner 1997 an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn eingereichten Masterarbeit mit dem Titel »Lexikologische Untersuchungen über die Sprache der Ost-CDU«. Es handelt sich dabei um eine linguistische Untersuchung, die den Parteiwortschatz der Ost-CDU in den Jahren 1945 (Partei Gründung) bis 1957 (Tod Otto Nuschkes) analysiert und mögliche Abhängigkeiten zum Machtgefüge der DDR und anderen Parteiwortschatzen, insbesondere dem der SED, nachzuweisen sucht. Eine Veröffentlichung der Arbeit ist geplant, ein Typoskript kann in der Bibliothek der Konrad-Adenauer-Stiftung unter der Signatur MB 3450 KAI eingesehen werden. Ich bin den Mitarbeitern des Archivs und der Bibliothek der Konrad-Adenauer-Stiftung, die mich immer hilfsbereit bei der Einsicht in die Aktenbestände der Ost-CDU und der Beschaffung seltener Literatur zum Thema unterstützt haben, zu großem Dank verpflichtet.

² Im folgenden wird auf diese Belege mit Siglen verwiesen. Sie entstammen einem unter linguistischen Gesichtspunkten hergestellten Korpus aus Archivmaterial des Zentralbestandes Ost-CDU im Archiv für Christlich-Demokratische Politik (ACDP). Die Sigle besteht aus den letzten beiden Ziffern der Jahreszahl, in der das Dokument entstand bzw. veröffentlicht wurde, und einem alphabetischen Index, der in gewisser Weise den Grad der Offizialität des Schriftstücks gegenüber anderen aus dem gleichen Jahr bezeichnet, z. B. Gründungsaufzug = (45a). Der Grad der Offizialität eines Schriftstücks ist für die darin verwendeten Ausdrücke insofern bedeutsam, als daß sie oft mit größerer Sorgfalt und einem höheren Maß an Sprachbewußtsein gewählt werden, je höher ihre Offizialität ist. Eine Auflöser der für diesen Aufsatz relevanten Siglen nach Archivsignaturen befindet sich am Ende der Arbeit.

Parteiename und – soweit für den offiziellen Sprachgebrauch relevant – funktionssprachliche Termini³ spielen dabei eine besondere Rolle. Es werden weiterhin die für die eigene staatliche und soziale Ordnung und für die Beziehungen zu anderen Staaten wichtigsten Lexeme analysiert. Dazu zählen die Verbalisierung des Konzepts »Einheit/Wiedervereinigung« und die verschiedenen Bezeichnungen für die beiden deutschen Staaten nach 1949 im Wortschatz der Ost-CDU. Die Darstellung erfolgt in Abgrenzung zur SED-Parteisprache unter Einbeziehung des historischen und politischen Hintergrundes.

1. CDU(D)/Christlich-Demokratische Union Deutschlands:⁴

Die zur Selbstdarstellung der Partei verwendeten Lexeme

Hier geht es im weitesten Sinn um die Bezeichnungen, die die Union für sich wählt. Da davon auszugehen ist, daß auch die zur Verbalisierung von Aussagen zu selbstbezogenen Taten ausgewählten Lexeme gezielt zur Selbstcharakterisierung der Partei dienen, werden sie ebenfalls neben dem Parteinamen und anderen direkten Attribuierungen, die das Schema »CDU ist ...« aufweisen, behandelt.

Christlich-Demokratische Union Deutschlands

Versteht man unter einem Parteinamen die Bezeichnung für eine bestimmte politische Gruppe, so bewegt man sich auf dem Gebiet der Namensforschung. Sieht man jedoch von reinen Phantasienamen ab, so ist festzustellen, daß es einen Unterschied zwischen Eigennamen einzelner Personen, die zwar das jeweilige Individuum als Denotat⁵ besitzen, jedoch inhaltlich als leer anzusehen sind, und den Namen von Parteien gibt. Parteibezeichnungen werden meist aus den lexikalischen Einheiten des allgemeinsprachlichen Wortschatzes gebildet.⁶ Diese Lexeme bringen ihre allgemeinsprachlichen Inhalte

3 Bei einer Einteilung der Sprache der Politik in Meinungssprache und Funktionssprache dient die Funktionssprache der organisatorischen Verständigung innerhalb eines Staates und seiner Institutionen. Vgl. Walther DIECKMANN, *Sprache in der Politik. Einführung in die Pragmatik und Semantik der politischen Sprache. Mit einem Literaturbericht zur 2. Auflage* (Sprachwissenschaftliche Studienbücher, 2. Abt.), 2. korrigierte Auflage, Heidelberg 1975, S. 51 f.

4 Lexeme als abstrakte Wortschatzeinheiten werden im folgenden kursiv gesetzt. In Zitaten werden besonders hervorgehobene Lexeme nicht weiter gekennzeichnet.

5 Unter dem sprachwissenschaftlich umstrittenen Begriff Denotat sei hier das verstanden, worauf ein sprachliches Zeichen (Wort) in der außersprachlichen Realität verweist.

6 Vgl. dazu und im weiteren die ausführlichen sprach- und geschichtswissenschaftlichen Erläuterungen in dem Aufsatz von Wolfgang TREUE und Günther KANDLER, *Parteinamen*, in: *Sprachforum* 1 (1955), S. 210-222.

in die häufig aus mehreren lexikalischen Einheiten gebildeten Parteinamen hinein, so daß sie zu »sprechenden Namen« werden, die sowohl Erwartungen und Forderungen der Wähler wecken als auch das Selbstverständnis und Verhalten der Partei steuern. Sie besitzen somit Werbewirksamkeit, die Kandler als »Macht des Namens«⁷ analog zur vielzitierten »Macht des Wortes«⁸ bezeichnet. In dieser Form sind sie bei aller Mehrdeutigkeit der verwendeten Lexeme, die nicht ohne Grund häufig zu den perennierenden Schlagwörtern⁹ (z. B. *demokratisch, liberal, sozialistisch, national, Deutschland*) zählen, eine Art komprimiertes Parteiprogramm. In ihnen lassen sich die Unterscheidungsmerkmale zu anderen Parteien festmachen. Dieser Programmcharakter der Parteibezeichnungen spiegelt sich z. B. in dem Satz aus der »Neuen Zeit« von 1945 (45c) wider: »Der Name der Union enthält das Bekenntnis zur Demokratie.«

Der Parteiname *Christlich-Demokratische Union Deutschlands*¹⁰ gehört somit zu den wichtigsten Ausdrücken in der Lexik der Partei überhaupt. Gebräuchliche Abkürzung ist seit 1945 die Buchstabenfolge *CDU*. Daneben existierte bis etwa 1947 häufiger das Kürzel *CDUD*, das in Sachsen bis in die fünfziger Jahre verwendet wurde.¹¹ In ideologisch bedeutsamen Texten

7 EBD., S. 210.

8 Vgl. z. B. die Titel von Georg KLAUS, *Die Macht des Wortes. Ein erkenntnistheoretisch-pragmatisches Traktat*, 5. Auflage, Berlin (Ost) 1969, und Norbert KAPFERER, *Von der ›Macht des Wortes‹ zur ›Sprache der Macht‹ zur Ohn-Macht der Vernunft. Über die Enteignung der Sprache im real existierenden Sozialismus durch die marxistisch-leninistische Philosophie*, in: *Sprache im Umbruch. Politischer Sprachwandel im Zeichen von ›Wende‹ und ›Vereinigung‹*, hrsg. von Armin BURKHARDT und K. Peter FRITZSCHE, Berlin u. a. 1992, S. 19-40.

9 Unter Schlagwörtern seien hier einzelne oder mehrere eine Einheit bildende Lexeme (Mehrwortlexeme) verstanden, die in semantischer Hinsicht eine extreme Verdichtung eines Parteistandpunktes darstellen, sich durch eine hohe Affektbesetzung auszeichnen, affirmativ als auch polemisch verwendbar sind, v. a. in der Öffentlichkeit wirken und als Folge ihrer formalen Kürze im Gegensatz zur Komplexität des darauf bezogenen ideellen Hintergrundes häufig einen hohen Grad an Vagheit und Interpretationsbedürftigkeit besitzen. Perennierende Schlagwörter sind solche, die nicht nur eine temporäre, auffallend hohe Gebrauchshäufigkeit aufweisen und für eine gegebene Gesellschaft oder Gruppe von besonderer Aktualität und Bedeutung sind, sondern diese Bedeutung über einen längeren Zeitraum innehaben, wie z. B. das positive Schlagwort *Frieden*. Vgl. dazu Manfred KAEMPFERT, *Die Schlagwörter*, in: *Muttersprache* 100 (1990), S. 192-203.

10 Unmittelbar nach Kriegsende 1945 entstanden in allen vier Besatzungszonen verschiedene Gründungszirkel, die eine Partei mit christlichen und demokratischen Zielen gründen wollten. Der Vielzahl dieser Gründungskerne entsprach eine Vielzahl an Parteinamen. Vgl. dazu Winfried BECKER, *CDU und CSU 1945-1950. Vorläufer, Gründung und regionale Entwicklung bis zum Entstehen der Bundespartei* (Studien zur politischen Bildung, Bd. 13), Mainz 1987, 32-39. Im Oktober 1945 (nach dem Berliner Gründungsaufwurf vom 26. Juni 1945!) einigte man sich auf dem sogenannten großen »Reichstreffen« in Bad Godesberg, »unter lebhaftem Beifall und Bravo-Rufen« den gemeinsamen Namen anzunehmen. Vgl. Hans-Otto KLEINMANN, *Geschichte der CDU, 1945-1982*, Stuttgart 1993, S. 51.

11 Vgl. Michael RICHTER, *Die Ost-CDU 1948-1952. Zwischen Widerstand und Gleichschal-*

seit 1950 tritt neben die volle Parteibezeichnung und ihre Abkürzungen der Ausdruck *christliche Demokraten*, so z. B. 1950 in einem Entwurf der CDU-Thesen (50g): »Als christliche Demokraten und Sozialisten beweisen wir [...]«. Oder in der Satzung von 1952 (52a): »Die in den Reihen der CDU vereinigten christlichen Demokraten bekennen sich [...]« und 1957 (57a): »Wir christlichen Demokraten in der Deutschen Demokratischen Republik [...]«. Während die Abkürzungen ähnlich den inhaltlich leeren Eigennamen eine reine Identifikationsleistung bezüglich der Partei erfüllen, ohne dabei nennenswerte inhaltliche Sinnakzente zu setzen, spitzt die Kurzform *christliche Demokraten* den Gesamtinhalt des vollständigen Parteinamens auf die beiden Komponenten »christlich« und »demokratisch« zu. In dieser Wortverbindung fehlt das Grundwort des Parteinamens: *Union*.

Im Gegensatz zu allen anderen Parteien der SBZ/DDR enthält der Name der CDU nicht das Lexem *Partei* als Basis¹², das auch im 20. Jahrhundert trotz seiner Sinnentleerung im Nationalsozialismus¹³ das »überwiegend gebrauchte Grundwort der Parteinamen«¹⁴ blieb. Unter der Überschrift »Warum christlich? Warum Union?« informiert die zweite Ausgabe der Parteizeitung »Neue Zeit« von 1945 (vgl. 45c): »»Partei« kommt von *pars* und heisst »Teil« = Begrenzung, Trennung. Union heisst Sammlung!« Weiter heißt es: »[...] die Sorge vor einer Konfessionalisierung der Politik wird durch den Unionsgedanken widerlegt.« Der Vorzug des Lexems *Union* gegenüber der Alternativbezeichnung *Partei* liegt im wesentlichen im überkonfessionellen sowie gruppen- und schichtenübergreifenden Anspruch der CDU, der durch das Lexem *Union* anschaulicher verbalisiert werden kann. »Die Christlich-Demokratische Union gründet sich nicht auf ein exklusives Bekenntnis, sondern will Sammlungssignal sein.« (45c). Die Ost-CDU versteht sich als »Sammelbecken aller christlichen, demokratischen und sozialen Kräfte« (46c). Deshalb gilt: »Christlich und Union, das sind Begriffe der Toleranz und des Friedens« (45c). »Nicht mehr Spaltung, sondern Christlich-Demokratische Union«. (46c).¹⁵ In der Lexik der Ost-CDU treten neben

tung (Forschungen und Quellen zur Zeigeschichte, Bd. 19), 2. korrigierte Auflage, Düsseldorf 1991, S. 420.

12 Liberal-Demokratische *Partei* Deutschlands (LDPD), Sozialdemokratische *Partei* Deutschlands (SPD) [bis 1946], Kommunistische *Partei* Deutschlands (KPD) [bis 1946], Sozialistische Einheits*partei* Deutschlands (SED) [seit 1946], National-Demokratische *Partei* Deutschlands (NDPD) [seit 1948], Demokratische Bauern*partei* Deutschlands (DBD) [seit 1948].

13 Vgl. dazu TREUE/KANDLER (wie Anm. 6), S. 217.

14 Ruth RÖMER, *Die Entwicklung des Wortes »Partei« zum Bestandteil von Eigennamen*, in: *Muttersprache* 72 (1962), S. 326-332, Zitat S. 332.

15 Zu diesem Bedeutungskomplex »Union« gehört auch das Konzept der »Synthese«, das die Ost-CDU im Zusammenhang mit dem Programm des »Christlichen Sozialismus« propagierte und das v. a. durch die Wortschatzelemente *Ausgleich*, *Vereiniger*, *Synthese* verbalisiert wurde.

das Lexem *Sammlung* und seine Komposita noch die Ausdrücke *Einigung* (46c), *Vereinigung* (46d) und *Mittlerin* (55b). Alle diese Wortfeldelemente dienen der Verbalisierung des Unionsgedankens. Jedoch werden sie nicht gleichmäßig durch den gesamten Beobachtungszeitraum verwendet, sondern erlangen eine zeitweilige schlagwortverdächtige Häufung. Von besonderer Bedeutung sind sie vor allem in den Anfangsjahren der CDU.

Bei der Bildung von Parteinamen auf deutschem Boden spielen das Substantiv *Deutschland* und das Adjektiv *deutsch*¹⁶ eine große Rolle. Problematisch ist dabei, insbesondere im Untersuchungszeitraum, welches Gebiet damit bezeichnet wird. Die onomasiologische Frage nach den verschiedenen Benennungsmöglichkeiten für Deutschland sei einem späteren Abschnitt vorbehalten. In diesem Zusammenhang interessiert vielmehr die semasiologische Frage, inwieweit mit Gründung der Bundesrepublik und der DDR eine Umfangsveränderung des Namensbestandteils *Deutschland* stattfand. In einem Artikel der Funktionszeitschrift »Union teilt mit« vom Juni 1948 (48b) bezeichnet sich die Partei mehrfach als *Christlich-Demokratische Union der Ostzone*, *Union der Ostzone* und *Ostzonen-Union*. Sie sieht sich als *Glied der Gesamtunion*. Das Lexem *Deutschland* im Parteinamen bezieht sich demnach auf alle vier damalige Besatzungszonen. Man kann sagen, daß sich ab 1948 mit dem Ausdruck *Ostzonen-Union* ein Differenzbewußtsein zur Gesamtpartei heranausbildete, das sich nach Gründung der DDR im Meißener Thesenkommentarentwurf von 1953 und in der Satzung von 1954 folgendermaßen äußert:

»Die Christlich-Demokratische Union ist die Partei der friedlichen und fortschrittlichen patriotisch und demokratisch gesinnten Christen in der Deutschen Demokratischen Republik. (53d) Die Christlich-Demokratische Union der Deutschen Demokratischen Republik ist die Partei der für Frieden und Fortschritt kämpfenden Christen.« (54a)

Auffällig ist, daß das Lexem *Deutschland* hier aus dem Parteinamen in den Satz ausgelagert und dort durch *Deutsche Demokratische Republik* ersetzt wird. Damit wird auch der allgemeinen Vermeidungsstrategie des Lexems *Deutschland* in der DDR entsprochen, in deren Sprachgebrauch es zunehmend zu einem auf Historisches bezogenen Ausdruck wurde.¹⁷

Während Jakob Kaiser für die CDU 1946 »bestenfalls« die Bezeichnung

16 Vgl. zum Ausdruck *deutsch* Leo WEISGERBER, *Deutsch als Volksname. Ursprung und Bedeutung*, Stuttgart 1953 und ergänzend für die jüngere Zeit: Klaus-Hinrich ROTH, »Deutsch'. *Prolegomena zur neueren Wortgeschichte* (Münchener Germanistische Beiträge, Bd. 18), Dissertation München 1978.

17 Zum zeitgeschichtlichen Hintergrund vgl. Helmut BERSCHIN, *Deutschland – ein Name im Wandel. Die deutsche Frage im Spiegel der Sprache* (Analysen und Perspektiven. Geschichte und Staat. Sonderreihe 1), München-Wien 1979, 27 ff.

Volkspartei (46a) gelten läßt (im Gegensatz zur bürgerlichen Partei, die sich gemäß seiner Vorstellung von christlichem Sozialismus mit der bürgerlichen Gesellschaftsordnung überlebt hat,) wird in einem anderen Flugblatt (46e) das Lexem im Druck besonders hervorgehoben in dem Ausruf: »[...] Hinein in die große deutsche sozialistische Volkspartei!« Die Selbstbezeichnung als *Volkspartei* dient einer Parteiwerbung, die bemüht ist, insbesondere auch die Arbeiterschaft anzusprechen.¹⁸ Die CDU wird eine »Partei neuer Art, eine Partei der neuen Demokratie« (57a), wie sie sich Jahre nach der erfolgten Gleichschaltung nennt in Anlehnung an die Selbstbezeichnung der SED als *Partei neuen Typus*¹⁹.

Andere zur Selbstdarstellung verwendete Lexeme

Unmittelbar nach Kriegsende stehen ganz andere Attribute im Vordergrund. In zwei Parallelismen, graphisch stark hervorgehoben auf einem Flugblatt (46c), heißt es:

»Die Christlich-Demokratische Union ist der Frieden.

Die Christlich-Demokratische Union ist die Neue Zeit.«

In zahlreichen Reden, Flugblättern und Zeitungsartikeln bezeichnet die Union sich als *christlich*, *demokratisch*, aber auch *sozialistisch* im Sinne des »Christlichen Sozialismus«. Sie tritt ein für *Christentum*, *Demokratie*, *Einheit*, *Freiheit*, *Frieden*, *Toleranz* und den (*christlichen*) *Sozialismus*. Mit dem Verlust politischer Eigenständigkeit verändern sich jedoch diese Vokabeln. Die Attribute *Fortschritt* und *fortschrittlich* treten neu hinzu, das Lexem *Toleranz* verschwindet weitgehend aus dem Wortschatz der Ost-CDU. *Demokratie*, *Frieden* und *Sozialismus* werden zunehmend im Sinne der marxistischen Theorie verstanden. Der Einheitsgedanke wird propagandistisch forciert und meint die deutsche Einheit auf der Grundlage des sozialistischen *fortschrittlichen* Staates²⁰. *Christlich* und *Christentum* haben fast keinen programmatisch wichtigen ideologischen Inhalt mehr, sondern

¹⁸ Vgl. BECKER (wie Anm. 10), S. 201.

¹⁹ In der SED tritt dieser Ausdruck erstmalig in einem Protokoll der I. Parteikonferenz der SED im Januar 1949 in Berlin auf. Vgl. den Wortlaut in: *Der deutsche Kommunismus. Dokumente*, hrsg. und kommentiert von Hermann Weber, Köln-Berlin 1964, S. 443-445. Vgl. auch: Werner MÜLLER, *Der Transformationsprozeß der SED*, in: *Parteiensystem zwischen Demokratie und Volksdemokratie*, S. 51-60, insbes. S. 51; Hermann WEBER, *DDR. Grundriß der Geschichte. 1945-1990*, Hannover 1991, S. 21.

²⁰ Z. B.: »Noch ist es nur ein Teil Deutschlands, der das helle Banner der Zukunft ergriffen hat und in fester unverbrüchlicher Freundschaft mit der Sowjetunion den Weg in die sozialistische Welt angetreten hat. Mit unserer Arbeit wollen wir dazu beitragen, daß bald das ganze Deutschland brüderlich vereint diesen Weg geht.« (57 f); »[...] kämpft die CDU für ein einheitliches Deutschland, das ein Land des Friedens, der Demokratie und des sozialen Fortschritts sein muß« (57a).

werden zum Identifikationsmerkmal der Partei. Neu und in extremem Maße tritt die Metapher des Kampfes mit vielen Ausdrucksvarianten aus dem Wortfeld des Krieges hinzu:

»Auf Grund der in den [Meißener] Thesen niedergelegten Erkenntnisse kämpft die Christlich-Demokratische Union für die Sicherung und Erhaltung des Friedens, für die Existenz und Einheit der deutschen Nation, für die reale Verwirklichung der Demokratie und für die Errichtung der Gesellschaftsordnung des Sozialismus im Bündnis mit allen gesellschaftlichen Kräften, die sich gleichfalls zu diesen Zielen bekennen. Dieser Kampf wird geführt im erbitterten Ringen mit allen friedensfeindlichen, antinationalen und reaktionären Kräften, die in Verfolgung ihrer Ziele auch das Christentum ideologisch mißbrauchen.« (53d).

Wortfeld »Bewegung/Aktivität«

In der politischen Sprache sind Elemente aus dem Wortschatzbereich der Aktivität, Bewegung und des Wirkens/Bewirkens von besonderer Bedeutung.²¹ In der Sprache von Parteien, vornehmlich dort, wo sie sich, ihre Arbeit und ihre Ziele nach außen repräsentieren, spielen sie eine große Rolle, denn dadurch charakterisiert sich die Partei auf subtile Weise selbst. Untersuchungen zur Sprache der DDR haben oft gezeigt, daß gerade sie überreich ist an lexikalischen Einheiten zur Bezeichnung von Bewegung, Entwicklung, Dynamik und rhetorischen Elementen des Appellierens.²² Es verwundert daher nicht, daß sich die Lexik der Ost-CDU in hohem Maße auch durch solche Lexeme auszeichnet. Die Wortwahl wird dabei bestimmt von dem Grad ihrer politischen Eigenständigkeit. Konnte sie etwa bis zur Gründung der DDR noch selbstbewußt ihren Anteil an der Überwindung der Kriegsschäden behaupten und zum eigenen Ziel erklären, so mußte sie sich als Blockpartei mit zunehmend geringer werdendem politischen Gewicht um die Anerkennung der Staatspartei bemühen:

»Ohne die Mitarbeit und Anerkennung dieser Kräfte [gemeint ist die CDU] kann ein neues, freies, demokratisches Deutschland nicht entstehen (49b). [...] daß wir am Aufbau der Deutschen Demokratischen Republik und ihrer neuen

²¹ Vgl. Karl Friedrich BORÉE, *Die Sprachentartung in der Sowjetzone*, in: *PZ-Archiv* 3 (20. Jan. 1952), S. 23 f.

²² Vgl.: Ruth RÖMER, *Das Motiv der Bewegung in der Sprache der SED*, in: *Wirkendes Wort* 14 (1964), S. 170-183; Richard GAUDIG, *Die deutsche Sprachspaltung*, in: *Neue Deutsche Hefte* 5 (1958/9), S. 1008-1014, insbes. S. 1012; Manfred W. HELLMANN, Art. »Deutsche Sprache in der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik«, in: *Lexikon der germanistischen Linguistik*, hrsg. von H. P. Althaus u. a., 2. Auflage, Tübingen 1980, S. 519-527, insbes. S. 522.

sozialistischen Gesellschaftsordnung mit gleicher Freudigkeit und gleichem Eifer mitarbeiten wie Anhänger anderer Anschauungen.« (50g).

Charakteristisch für die erste Phase ist das Kompositum *Zusammenarbeit*, mit dem die Union um einen gemeinsamen Wiederaufbau wirbt, z. B. in den Ausdrücken: *vertrauensvolle Zusammenarbeit* (45a) und *brüderliche Zusammenarbeit* (46c). Ab 1946/47 verdrängen Formen des Lexems *Mitarbeit* und *Mitwirkung* den Ausdruck *Zusammenarbeit*, z. B. in den häufigen Verbindungen: *tätige Mitarbeit* (46d), mit gleicher Freudigkeit und Eifer *mitarbeiten* (50g), *konstruktive und zielbewußte Mitarbeit* (52b), *maßgebliche Mitarbeit* (52b), *gesellschaftliche Mitarbeit* [der Christen] (53d), *christliche Mitwirkung* (57a). Beliebt ist auch die Kombination von *Mitarbeit* und dem »Schöpfungswerk Gottes«, z. B.: »als Mitarbeiter des Schöpfers mitzuwirken« (50e), »die Mitarbeit der Menschheit am Werke des Schöpfers« (51d). Die Lexeme *Mitarbeit* und *Mitwirkung* drücken einen nicht näher definierten Anteil an den Bemühungen zum Erreichen eines Ziels aus. Sie sind daher für die Ost-CDU ideal, um ihre Leistungen hinsichtlich des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Aufbaus in der DDR zu verbalisieren, ohne die Führungsrolle der SED in Frage zu stellen.²³ Ebenfalls wichtig ist das Lexem *Bewegung* und das Adjektiv *neu*²⁴, das 1945 und verstärkt ab 1950 häufig in Verbindung mit anderen Ausdrücken des Bewegungsmotivs oder Schlagwörtern verwendet wird, z. B.: *der neuen Demokratie* (45a), *das neue Haus, die neue Heimat* (45b), *neue Bewegung* (45c), *Neuordnung Deutschlands* (50f), *neue Impulse und neue Zielsetzungen* (51c), *neue Wege* (52b), *des neuen Kurses* (54b) oder in dem Titel der Parteizeitung »*Neue Zeit*«.

Für die CDU als Blockpartei war es von großer Bedeutung, dem Marxismus-Leninismus als gültiger Staatsdoktrin der DDR zu entsprechen. Dieses Ergebnis der schleichenden Gleichschaltung, die sich in den späten vierziger und frühen fünfziger Jahren vollzogen hatte, zeigte sich besonders in einer umfassenden ideologischen und politischen Anpassung an die SED.²⁵ Aus der marxistischen Erkenntnis des nie endenden Prozesses der Bewegung und Höherentwicklung und dem trotz dieser geschichtlichen Determiniertheit bestehenden Gedanken, daß es zur Verwirklichung des Endzieles der Mitarbeit und Aktivität der Massen bedürfe, war ein abstrakter

23 Vgl. den Titel einer CDU-Publikation von Hans ZILLIG, *In der Mitarbeit gewachsen und gereift. Zur Geschichte des Landesverbandes Sachsen der CDU. 1945-1952* (Beiträge zur Geschichte), Berlin 1975.

24 Vgl. Herbert BARTHOLMES, *Tausend Worte Sowjetdeutsch. Beitrag zu einer sprachlichen Analyse der Wörter und Ausdrücke der Funktionärssprache in der sowjetischen Besatzungszone 1945-1956*, Göteborg 1956, S. 10.

25 Vgl. dazu RICHTER (wie Anm. 11).

Aktivismus geworden, der einen absoluten Gebrauch des Ausdrucks *Aktion*²⁶ mit sich brachte. Es verwundert daher nicht, daß das schon vor 1945 in der Sprache der KPD politisch wichtige Adjektiv *aktiv* auch von der CDU ab 1947 gehäuft verwendet wird:

»die parteipolitische Aktivität (47a); Bekenntnis zum aktiven Sozialismus (48a); die aktive Mitarbeit in unserer Union bei der Lösung unserer großen nationalen Aufgaben (50f); eine aktiv für den Frieden kämpfende Gemeinschaft von Christen (51d); ihr aktiver Wille zum Frieden« (56a).

Wie weit sich die politisch-ideologische Anpassung der Partei auch in ihrer Sprache niederschlägt, machen zwei Beispiele deutlich: »Die menschliche Gesellschaft ›entwickelt sich‹ nicht, sondern sie wird [...] gestaltet.« (50k); [Änderungsvorschlag zur Meißener These IV,4 der Hochschulgruppe Jena:] statt ›sich die Erde untertan zu machen‹ – ›die Erde zu gestalten‹« (52e). Hierin zeigt sich zum einen das Aktivische, durch das die CDU sich auch mittels der gewählten Lexeme auszuzeichnen sucht, zum anderen wird deutlich, wie weit religiöse Ausdrucksweisen durch materialistische ersetzt werden können.

Neben den genannten lexikalischen Einheiten nutzt die Union noch eine Reihe anderer Ausdrücke aus dem Wortschatzbereich der Bewegung, des Strebens und des Bewirkens, v. a. Verben, die etwas Inchoativisches²⁷, Amplifizierendes, Weitertreibendes bezeichnen, meist in Verbindung mit komparativischen und superlativischen Ausdrücken, um Aussagen zu ihrer Arbeit zu verbalisieren und sich selbst damit indirekt zu charakterisieren. Dabei nimmt das Wortfeld um die Kernlexeme *Verwirklichung/Realisierung* eine zentrale Stellung ein. Daneben erscheinen mit relativer Häufigkeit (dargestellt als Auswahl):

»Verstärkung und Vertiefung der Parteiarbeit (51a); unbeirrt und tatkräftig (51b); zu bereichern; noch besser und überzeugender (51c); breiteste Anwendung; Erkenntnisse und Fortschritte; immer größere Nutzbarmachung; ständig bestrebt; zu mehr und zu verbessern; entwickelt; neue Impulse verleihen; beschleunigen; Bahn brechen; erneuern; Stellung nehmen; vorbildliche Einsatzbereitschaft (alle 52b); Sicherung und Erhaltung (53d); Erfolgsmeldungen; Aufbauwillen; Einsatzbereitschaft; entschlossene Tatkraft; opferwilligen Pflichtbewußtseins; Aufgaben anpacken und bewältigen; Leistungen« (alle 57a).

²⁶ Vgl. RÖMER (wie Anm. 22), S. 177. Einschränkend vgl. Hans H. REICH, *Sprache und Politik. Untersuchungen zu Wortschatz und Wortwahl des offiziellen Sprachgebrauchs in der DDR* (Münchener Germanistische Beiträge, Bd. 1), Diss. München 1968, insbes. S. 18 f.

²⁷ Inchoativ sind solche Lexeme, die einen Beginn ausdrücken, z. B. Verben, die den Beginn eines Geschehens bezeichnen (*aufwachen*).

Unionsfreund/-gruß

Auf dem Gebiet der Funktionssprache gibt es in der Lexik der Ost-CDU nicht viele Auffälligkeiten im Vergleich zu den anderen DDR-Parteien. Spezifisch ist die Bezeichnung und Anredeform *Unionsfreund* für die Mitglieder der CDU im Gegensatz zu den Ausdrücken *Genosse*²⁸ für SED-Mitglieder, *Parteikollegen* für DBD-Mitglieder²⁹ und *Parteifreund* für die Mitglieder aller anderen Parteien der DDR. Diese Neuprägung war als Anredeform auch für die beiden westdeutschen Unionsparteien bis in die frühen fünfziger Jahre geläufig, wurde jedoch durch die Bezeichnungen *CDU-Mitglied* und *Parteifreund* verdrängt und fand fortan nur noch in ironischer Absicht Verwendung.³⁰ Für die Ost-CDU dagegen ist eine Frequenzsteigerung des Ausdrucks gerade ab diesem Zeitpunkt zu verzeichnen. In einem Artikel der »Union« von 1947 (47a) treten die Bezeichnungen *Freunde der Union*, *Mitglieder und Anhänger der Union* und *Parteifreunde* als synonyme Varianten für den Inhalt »Mitglieder und Sympathisanten der Partei« auf. In diesem Sinne spricht man auch von *Unionsmitgliedern und -freunden* (48b), *Mitgliedern und Freunden* (51b, 55a), *unseren Mitgliedern und Anhängern* (49c), den *Mitgliedern* (49b, 51a, 54b), der *Masse unserer Freunde* (52b), und den *Parteifreunden* (50a). Die Neujahrsaufrufe der Jahre 1949 bis 1951 und 1954, 1955 und 1957, die sich in Anredeform an die Parteimitglieder wenden, geben hinreichend Aufschluß über die Variabilität der gewählten Bezeichnungen. Die Aufrufe von 1954 und 1957 wenden sich mit dem Anruf »Unionsfreunde!« an die Mitglieder. Als Anredeformel einer bestimmten Person wird das Lexem mit dem jeweiligen Eigennamen verbunden, z. B. deskriptiv: »des Unionsfreunds Herbert Trebs« (53d). Wesentlich häufiger trifft man im Schriftwechsel auf die Abkürzung *Ufr*, z. B. *Ufr Siebenpfeiffer* (52e). Daneben existiert jedoch auch die Ausdrucksvariante *Parteifreund Landrat Siebenpfeiffer* (52d). Im Schriftverkehr findet sich entsprechend der Anrede auch die abschließende Grußformel (*Mit*) *Unionsgruss!*. Weder die Leipziger noch die Mannheimer Duden der fünfziger und sechziger Jahre

28 Vgl. dazu Herbert BARTHOLMES, *Das Wort »Genosse« samt seiner Zusammensetzungen im Sprachgebrauch der deutschen Arbeiterbewegung*, in: *Muttersprache* 78 (1968), S. 193-222, zur Verwendung in der SED vgl. S. 201 f. Zum weiteren Verständnis des Begriffs: Renate SCHÄFER, *Der Gebrauch des Wortes »Genosse« in den Schriften von Marx und Engels*, in: *Sprachpflege* 6, S. 134-139.

29 Vgl. Peter Joachim LAPP, *Die »befreundeten Parteien« der SED – DDR-Blockparteien heute*, Köln 1988, S. 33.

30 Vgl. Michael KINNE, Birgit STRUBE-EDELMANN, *Kleines Wörterbuch des DDR-Wortschatzes*, 2. Auflage, Düsseldorf 1981, S. 203; *Wörter und Wortgebrauch in Ost und West. Ein rechnergestütztes Korpus-Wörterbuch zur Zeitungstexten aus den beiden deutschen Staaten. Die Welt und Neues Deutschland 1949-1974*, hrsg. von Manfred W. HELLMANN, Tübingen 1992, S. 480 f.

buchen die Lexeme *Unionsfreund* und *Unionsgruß*.³¹ Die Lexikographen hielten diese beiden Ausdrücke demnach für zu parteispezifisch und somit für den deutschen Wortschatz der Gegenwartssprache irrelevant.

Kader(-)

Anders verhält es sich mit dem Lexem *Kader* und seinen Zusammensetzungen. Es läßt sich für die Lexik der Ost-CDU etwa ab 1955 belegen (»neue Kader für die Partei zu gewinnen«, 55c). Diskutiert wurde der Ausdruck jedoch schon mindestens zwei Jahre früher, wie die Notiz des damaligen Hauptreferenten im CDU-Hauptvorstand, Günther Wirth, belegt: »Wir müssen endlich zur Kaderpartei werden – nur eine solche kann ausstrahlen«. ³² Im Gegensatz zu anderen, für die Funktionssprache der Union spezifischen aber im offiziellen DDR-Sprachgebrauch wenig relevanten Lexemen³³, gehört es zu den Ausdrücken, die die CDU im Rahmen ihrer Anpassungsbestrebungen aus dem sozialistischen Sprachgebrauch übernahm. *Kader* steht als Beispiel für eine Reihe von ehemals den kommunistischen Parteien bzw. der SED zugeordneten Ausdrücken³⁴, die die Union nach Anerkennung der Führungsrolle der SED zur Verbalisierung von Aussagen zur Partei nutzte, um den Eindruck der Linientreue zu erwecken.³⁵ Das Lexem *Kader* wurde schon während der Weimarer Republik in der kommunistischen Bewegung verwendet und hatte ursprünglich einen militärischen Inhalt.³⁶ Die Erweiterung des Bedeutungsumfangs nach russischem Vorbild³⁷ von ›Stamm, Rahmen

31 Auch das *Wörterbuch der deutschen Gegenwartssprache* (WDG), 6 Bde, hrsg. von Ruth KLAPPENBACH und Wolfgang STEINITZ, Berlin (Ost), enthält die Komposita unter dem Lemma *Union* nicht.

32 Vgl. dazu die Arbeiten von Martin RISSMANN, *Kaderschulung in der Ost-CDU 1949-1971. Zur geistigen Formierung einer Blockpartei* (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte, Bd. 27), Düsseldorf 1995 (Diss. Bonn 1994), und Stephan ZEIDLER, *Auf dem Weg zur Kaderpartei? Zur Rolle der Ost-CDU in der inneren Entwicklung der DDR 1952-1953*, Hamburg 1996, Zitat nach ZEIDLER, S. 108.

33 Vgl. z. B. *Agitations-Sondermaterial* (46a); *Hauptvorstand der CDU* (51b); *Wissenschaftlicher Arbeitskreis* (54c), *Direktor der Zentralen Schulungsstätte* (54a'); *Bezirksparteischule* (55c); *Zirkelschulungen* (55c).

34 Vgl. z. B. das *Wörterbuch des kommunistischen Jargons. Schlagworte unter der Lupe*, hrsg. von R.N. Carew HUNT, Freiburg i. Br. 1958, S. 62-64.

35 Dazu zählt auch das verwandte Lexem *Funktionär* (55d). Vgl. dazu Rupert BREITLING, »Der Funktionär. Geschichte und Bedeutung eines politischen Begriffs«, in: *Muttersprache* 81 (1971), S. 22-41, insbes. S. 25, 31.

36 Vgl. Ernst G. RIEMSCHEIDER, *Veränderung der deutschen Sprache in der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands seit 1945* (Beihefte zum Wirkenden Wort, Bd. 5), Düsseldorf 1963, S. 91.

37 Vgl. KINNE/STRUBE-EDELMANN (wie Anm. 30), S. 95 f.

(einer Truppe)»³⁸ zur Bezeichnung von ›Menschen in einer sozialistischen Gesellschaft, die Verantwortung für die Leitung eines Kollektivs tragen‹³⁹ bzw. noch weiter gefaßt ›Beschäftigter in einem Betrieb, einer Institution‹⁴⁰ steht im Zusammenhang einer zunehmenden Verwendung militärischer Termini im politischen Sprachgebrauch sozialistischer/kommunistischer Parteien. Dies läßt sich anhand des Vergleichs der Leipziger Duden von 1951 und 1959 nachvollziehen: Leipziger Duden ¹⁴1951: »Kader [...] Stamm, Rahmen, Kern (einer Truppe, Partei usw.)«; Leipziger Duden ¹⁵1959: »Kader [...] herangebildeter Stamm von Nachwuchskräften auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens; auch einzelner Angehöriger eines solchen Kaders, urspr. Stamm, Rahmen einer Truppe«. In der Bundesrepublik dagegen behielt der Eintrag zunächst seinen rein militärischen Denotatbezug: Mannheimer Duden ¹⁴1955: »Stamm, Rahmen (eines Truppenkörpers)« und fügte erst später den erweiterten Ausdruck als DDR-spezifisch gekennzeichnet hinzu.⁴¹ In der DDR sind seit 1947 zahlreiche Neologismen zu verzeichnen, die aus Zusammensetzungen mit dem Lexem entstanden sind⁴² und die mit zeitlicher Verzögerung auch in den Sprachgebrauch der Ost-CDU eingingen, z. B. *Kaderschulung* (55c).

Hinsichtlich des selbstbezogenen und selbstdarstellenden Sprachgebrauchs in der Ost-CDU bleibt Folgendes festzuhalten:

1. Der Parteiname selbst ist ein wichtiges Mehrwortlexem zur Charakterisierung des eigenen Standpunktes. Er gibt die wesentlichen Kategorien des Parteidenkens in den vier einzelnen Gliedern *christlich*, *demokratisch*, *Union* und *Deutschland* vor, die zugleich Kernlexeme des CDU-Wortschatzes sind.

2. Bedingt durch den Anpassungsdruck an die herrschenden Machtverhältnisse in der DDR, dem die CDU unterworfen war, treten drei Formen der Veränderung von Wortschatzbereichen auf, mittels derer die Partei Aussagen zu selbstbezogenen Taten und Zielen formuliert (d. h. der Lexemgruppen, mit denen sie sich selbst auf indirekte Weise charakterisiert): a) weitgehendes Verschwinden einzelner Lexeme (z. B. *Toleranz*), b) verstärkte Verwendung

38 Vgl. Duden, 10. Auflage, Leipzig 1930.

39 Vgl. Martin AHRENDTS, *Allseitig gefestigt – Stichwörter zum Sprachgebrauch in der DDR*, München 1989, S. 90 f.

40 Vgl. *Wörter und Wortgebrauch in Ost und West* (wie Anm. 30), S. 607.

41 Vgl. zu diesem Themenkomplex auch, BRD und DDR vergleichend, Hugo MOSER, *Die Sprache im geteilten Deutschland*, in: *Wirkendes Wort* 11 (1961), S. 1 ff., insbes. S. 13, und Karl Heinz IHLENBURG, *Entwicklungstendenzen des Wortschatzes in beiden deutschen Staaten*, in: *Weimarer Beiträge* 10 (1964), S. 372-397.

42 Vgl. dazu die ausführliche Beschreibung mit Belegen bei REICH (wie Anm. 26), S. 110 ff.

bis dahin weniger bedeutender Lexeme (z. B. *fortschrittlich*), c) Umdeutung bisher verwendeter Lexeme (z. B. *Sozialismus*).

3. Eine durch den gesamten Beobachtungszeitraum hohe Frequenz von Ausdrücken, die zur Verbalisierung von Dynamik etc. dienen und eine häufige Verwendung inchoativer Verben. Dabei ist eine zunehmende Annäherung an den von der SED maßgeblich beeinflussten öffentlichen Sprachgebrauch in der DDR zu beobachten.

4. Die Funktionssprache der Union zeichnet sich durch die parteispezifischen Lexeme *Unionsfreund* und *Unionsgruß* aus, die neben auch in anderen Parteien üblichen Ausdrucksvarianten verwendet werden. Seit den fünfziger Jahren finden auch funktionssprachliche Ausdrücke sozialistischen Sprachgebrauchs Eingang in das Lexeminventar der CDU-Sprache (z. B. *Kader*).

2. Wortschatzbereich Deutschland und Deutsche Einheit

Das Lexem *Deutschland*⁴³ und das Adjektiv *deutsch* in seinem vollen Umfang bezogen auf Sprache, Volk, Land, Kultur und Staat spielen nicht nur in der Politik der Jahre 1945-1957 eine große Rolle, sondern sind als geographischer Bezugsraum für die Christlich-Demokratische Union Deutschlands von Belang. Dies umso mehr, als die Bildung zweier deutscher Staaten 1949 auch eine Partei teilte, die sich bis dahin trotz aller Differenzen als eine Gesamtpartei betrachtete (vgl. 48b). Der gesamte Wortfeldbereich der Benennungen und Umschreibungen von Deutschland als Ganzem und seiner beiden Teilstaaten⁴⁴ zeichnet sich durch seine hohe Frequenz im Sprachgebrauch der Ost-CDU aus. Die Bezeichnungen für Deutschland und die zur Verbalisierung der Forderung nach Einheit bzw. Wiedervereinigung zur Verfügung stehenden Lexeme stellen einen der am stärksten ausgebauten

43 Hinsichtlich des Deutschlandbegriffs in Ost- und West gibt es eine große Zahl vergleichender Arbeiten in der Forschung zu verzeichnen. Für diese Arbeit von großem Nutzen war die am Sprachgebrauch des »Neuen Deutschland« orientierte detaillierte Bonner Dissertation von Barbara MARZAHN, *Der Deutschlandbegriff der DDR. Dargestellt vornehmlich an der Sprache des Neuen Deutschland* (Sprache der Gegenwart, Schriften des Instituts für deutsche Sprache, Bd. 48), Düsseldorf 1979 (Diss. 1978). Vgl. aus ostdeutscher Perspektive: Christine KESSLER, *Linguistische Untersuchungen zum Verhältnis von Sprache und Ideologie. Dargestellt am Beispiel der Benennungen für Staaten und ihre Regierungen in der Presse der DDR und der BRD*, in: *Deutsch als Fremdsprache* 10 (1973), S. 203-207.

44 Zum historischen Hintergrund und seinen Auswirkungen auf den Deutschlandbegriff und seinen Ausdruck vgl. BERSCHIN (wie Anm. 17), S. 12-29.

Bereiche in der CDU-Lexik dar. Er kann inhaltlich in fünf Gruppen unterteilt werden⁴⁵:

1. Zur Benennung Gesamtdeutschlands (und der Besatzungszonen bis 1949) können für den Wortschatz der CDU folgende Lexeme verbucht werden:

»ein Land (45a); Aufbau einer neuen Heimat (45a); Deutschland (46a); die unteilbare demokratische deutsche Republik (49b); Besatzungszonen (49a); unseres gemeinsamen Vaterlandes« (51e).

Als mögliche Bezeichnungen wurden im Verfassungsausschuß der CDU diskutiert (47b):

»Deutschland; Reich; Deutsche Bundesrepublik; Deutsche Republik.«

2. Für das westliche Gebiet stehen folgende Bezeichnungen zur Verfügung:

»jenseits unserer Zone (46a); in den drei Westzonen (48b); westlicher deutscher Sonderstaat (49b); Konstituierung des westdeutschen Sonderstaates (49c); Westdeutschland (52b); Bundesrepublik (55d); Bildung eines westdeutschen Separatstaates (o.D.a)«

3. Zur Benennung des östlichen Gebiets enthält der CDU-Wortschatz folgende Lexeme:

»sowjetisch besetzte Zone und Berlin (o.D.a); Ostzone (48a/49a); Aufbau unseres Vaterlandes (50f); unsere Nation (51b); unserer Republik (51b); in unserem Raum (51b); Deutsche Demokratische Republik (51b); DDR (51b); unseres Landes (52b); unserer Republik der Arbeiter- und Bauernmacht (55g); von unserer jungen Republik (56a); unser Arbeiter- und Bauern-Staat (57a); Deutschland der neuen Demokratie (57a); unsere ganze Nation (57a); nur ein Teil Deutschlands« (57f).

4. Das Konzept »Wiedervereinigung« wird durch folgende Lexeme und Lexemkombinationen verbalisiert:

»Einheit des Reiches (46a); das Einheitsgefühl des deutschen Menschen (46a); einheitliches Deutschland (46d); Erhalt der staatlichen Einheit (46d); Gesamtverhältnisse des deutschen Volkes (47b); Sicherung der deutschen Einheit (48b); Wiederherstellung der deutschen Einheit (49c/57a); zum Kampfe für die Einheit Deutschlands (49b); Errichtung einer gesamtdeutschen Regierung (49b); für eine einheitliche deutsche Währung (49b); Wiedergeburt eines einigen Deutschlands (50g); Frage der deutschen Einheit (50f); Wiederherstellung der nationalen Einheit

⁴⁵ Die Zuordnung zu Gruppe 1 oder 2/3 ist bei einigen Belegen auch aus dem Kontext nicht eindeutig zu entscheiden. In einigen Fällen scheint diese Unschärfe sogar bewußt ausgenutzt worden zu sein (vgl. 49b).

aller Deutschen (51b); Gefühl gesamtdeutscher Verantwortung (51b); ein einiges deutsches Vaterland zu erringen (51c); gesamtes deutsches Vaterland (52b); Ausschuß für Deutsche Einheit (55d); Sache der Wiedervereinigung (56a); in einem ungeteilten deutschen Vaterland (57a); ungeteilte Neutralität Deutschlands« (o.D.a)

Die aufgezählten Lexeme und Wendungen zeichnen sich im CDU-Wortschatz weder durch spezifische Inhalte noch durch eine besondere Verwendungsweise gegenüber der öffentlichen Kommunikation in der DDR aus. Es läßt sich vielmehr an ihnen zeigen, daß gerade dieser Wortschatzbereich neben dem der Wirtschaft als einer der ersten dem öffentlichen Diskurs der DDR angeglichen wurde.

Dies sei exemplarisch dargestellt an den Ausdrücken *Nation*, den Bezeichnungen für die Bundesrepublik Deutschland und der Stereotypenbildung durch Bindung einzelner Lexeme an bestimmte invariante Attribute und feste Kontexte.

Nation

Das Wörterbuch der deutschen Gegenwartssprache (WDG) verzeichnet in seinem bereits unter dem Druck der Parteilichkeit stehenden IV. Band unter dem Eintrag *Nation* die Definition: »Struktur- und Entwicklungsform der Gesellschaft, die vor allem als Gemeinschaft des wirtschaftlichen Lebens, des Territoriums, der Sprache und Kultur in Erscheinung tritt und deren Wesen durch ihre Klassenbezeichnungen bestimmt ist, umg. *Volk*«. Darin zeigt sich die Integrierbarkeit des Lexems in die marxistisch-leninistische Klassenvorstellung. Das zugehörige Adjektiv *national* diene bereits der KPD als »Propagandawort«⁴⁶ gegen den Nationalsozialismus und meinte soviel wie »im Gegensatz zum Nationalsozialismus den wahren Interessen des Volks entsprechend«. Damit verlor es seine Bedeutung als propagandistisch wichtiger Ausdruck rechtsgerichteter Politik und wendete sich in sein Gegenteil.⁴⁷ Als Bestandteil von Institutsnamen und einiger Elemente ihrer Politik ging *national* in die politische Funktions- und Ideologiesprache der DDR ein, z. B.: *Nationale Front* des demokratischen Deutschland(s) (NF, 1947), *Nationales Aufbauwerk* (NAW, 1952), *Nationale Geschichtsbetrachtung* (ab 1952), *Nationale Volksarmee* (NVA, 1955/6). Ab 1947 ist zu beobachten, daß in einigen Wortschatzbereichen der SED-Sprache Zusammensetzungen

46 REICH (wie Anm. 26), S. 149. Vgl. dazu auch Herbert BARTHOLMES, *Das Wort ›Volk‹ im Sprachgebrauch der SED. Wortgeschichtliche Beiträge zur Verwendung des Wortes ›Volk‹ als Bestimmungswort und als Genitivattribut* (Die Sprache im geteilten Deutschland, Bd. 2), Düsseldorf 1964.

47 Vgl. die Verwendung von *antinational* in bezug auf die politische Rechte.

mit *national* solche mit *Volk* überwiegen und ersetzen.⁴⁸ Es verwundert daher nicht, daß im Ost-West-Vergleich⁴⁹ das Adjektiv *national* mehr als doppelt so häufig in der DDR Verwendung findet. Bezeichnend ist der Befund, daß die vier verschiedenen möglichen Verwendungsmöglichkeiten⁵⁰ des Lexems sehr undifferenziert im Sprachgebrauch des »Neuen Deutschland« angewendet werden, wobei eine gewisse Absicht unterstellt werden kann. Mit dem Lexem *Nation* liegt die einzige gesamtdeutsche Bezeichnungsform für das geteilte Deutschland vor, dessen relativer Anteil an den im »Neuen Deutschland« verwendeten Bezeichnungen in den Jahren 1949-74 kontinuierlich von 3 auf 9 % zunahm⁵¹, wenn auch das Adjektiv *national* ab 1964 kaum noch gesamtdeutsch verstanden wurde⁵².

Der Bezug zu der von der SED deutschlandpolitisch verfolgten Linie ist offensichtlich⁵³: Bis Ende der sechziger Jahre betonte die Staatspartei der DDR noch ihr Ziel eines wiedervereinigten deutschen Nationalstaates und lehnte die Möglichkeit zweier deutscher Nationen kategorisch ab. Auch Ulbrichts »nationaler Kompromiß« 1962, der unter dem Eindruck der Kubakrise zur Lösung der Nationalen Frage der Deutschen eine »Friedliche Koexistenz« vorschlug, vermochte daran nichts zu ändern bis zur völligen Umkehrung des Kurses 1970. Danach wurde in Art. I der DDR-Verfassung von 1968 die Bezeichnung »sozialistischer Staat deutscher Nation« zuerst im politischen Sprachgebrauch durch »sozialistischer deutscher Nationalstaat« und 1974 in der Verfassung durch »ein sozialistischer Staat der Arbeiter und Bauern« ersetzt.⁵⁴ Bis zu der Abwendung von der bis dahin vertretenen Zwei-Staaten-eine-Nation-Lehre, wurde die Gründung der Bundesrepublik Deutschland als Gefahr für die deutsche Nation dargestellt.⁵⁵

Neben der Verwendung des Substantivs *Nation* als Bestandteil von Institutsnamen wird der Ausdruck häufig in Verbindung mit den Epitheta *unser* und *deutsch* gebraucht. Damit steht er im Kontext des Einheitsdiskurses, der in der DDR in den ersten zehn Jahren ihres Bestehens stark dominierte.

48 *Volk* und *national* sind jedoch nicht in jedem Fall austauschbar, vgl. z. B. *Nationale Volksarmee*. Vgl. zum Verhältnis der Lexeme *Staat*, *Volk*, *Nation/national* BARTHOLMES (wie Anm. 46), S. 47.

49 Vgl. *Wörter und Wortgebrauch in Ost und West* (wie Anm. 31), S. 809.

50 1. die ganze Nation betreffend (Ggs.: Einzelinteressen), 2. eine bestimmte Nation betreffend (Ggs.: eine andere Nation betreffend), 3. staatlich (Ggs.: privat), 4. zentrale, oberste staatliche Ebene. Vgl. dazu ebd.

51 Vgl. MARZAHN (wie Anm. 43), S. 203 ff.

52 Vgl. *Wörter und Wortgebrauch in Ost und West* (wie Anm. 30), S. 810.

53 Vgl. dazu die Darstellung im DDR-HANDBUCH, hrsg. vom Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, 3. erweiterte Auflage, Köln 1985, Bd. II, 924-927.

54 Vgl.: *Die deutschen Verfassungen des 19. und 20. Jahrhunderts*, hrsg. Von Horst HILDEBRANDT, 14. Auflage, Paderborn u. a. 1992, S. 236.

55 Vgl. MARZAHN (wie Anm. 43), S. 205.

In einer Rede Jakob Kaisers finden sich vor 1949 zwei Belege des Lexems: »im Ringen der europäischen *Nationen*« und »Im Geiste der Synthese gilt es auch, den Ausgleich zwischen Eigenständigkeit deutscher Landschaften und der ungeschmälernten Einheit unserer *Nation* zu finden« (46a). Im ersten Fall wird *Nationen* im Sinne von »Nationalstaaten« benutzt, im zweiten steht es im Kontext der Diskussion Einheitsstaat vs. Förderalismus. Nach Gründung der beiden deutschen Teilstaaten finden sich analog zu den in der Deutschen Demokratischen Republik gebräuchlichen Wendungen folgende Belege: *unsere Nation* (51b); *für die Existenz und Einheit der deutschen Nation* (53d); *unsere ganze Nation* (57a) sowie die erwähnten funktionssprachlichen Namen. Ab 1951 tritt das Lexem *Vaterland* als emotionsgefüllteres Synonym mit den gleichen Attributen usuell kombiniert hinzu, z. B. *gesamtes deutsches Vaterland* (52b). Das Adjektiv *national* steht nach diesen Ergebnissen im Sprachgebrauch des »Neuen Deutschland« fast ausnahmslos attributiv vor bestimmten Substantiven. Dies sind neben anderen Verbindungen solche mit dem Lexemen *Kampf*, *Einheit* sowie Komposita mit *Befreiung*-. Ab 1950 finden sich solche feststehenden Verbindungen mit *national*, z. B.:

»unserer großen nationalen Aufgaben (50f); der nationalen Einheit der Deutschen (51b); am nationalen Befreiungskampf des deutschen Volkes und am Friedenskampf der Menschheit (51c); daß der nationale Befreiungskampf (51c), des nationalen Kulturerbes (52c); Fahne des nationalen Widerstandes gegen [Adenauer, SZ.] (52b); unseres nationalen Ringens um Frieden und Einheit« (54a).

Aber auch der entsprechende Gegenbegriff findet Eingang in die CDU-Lexik: »des Ringens mit allen friedensfeindlichen, *antinationalen* und reaktionären Kräften« (53d).

In keinem der angeführten Belege ab 1949 wird eine unionsspezifische, vom allgemeinen politischen Sprachgebrauch in der DDR abweichende Verwendung der Ausdrücke *national* und *Nation* deutlich. Sie können wie die ab 1949 für die neu entstandene Bundesrepublik Deutschland gewählten Lexeme als Beispiel gelten für die frühe Anpassung des auf die Außenpolitik bezogenen Wortschatzbereichs der CDU-Lexik.

Bezeichnungen für die Bundesrepublik Deutschland

Für die Bezeichnung des westlichen und östlichen Teils Deutschlands in der DDR kann gelten, was die DDR-Linguistin C. KESSLER⁵⁶ im Hinblick auf Benennungen von Staaten in der Presse der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik geschrieben hat:

⁵⁶ KESSLER (wie Anm. 43), S. 206.

»Die Vielfalt der Benennungen der Gegenstände ist im allgemeinen dann größer, wenn es um Benennungen für eigene Klassenpositionen geht. In solchen Fällen werden möglichst viele Merkmale hervorgehoben, möglichst umfangreiche Informationen über das Objekt vermittelt. Zum anderen konnten wir feststellen, daß für die Kennzeichnung der Position des Klassengegners zumeist keine so große Vielfalt in den Benennungen gegeben ist [...]. Andererseits konnten wir feststellen, daß besonders viele Umschreibungen für Namen jener Staaten nachgewiesen werden können, die im Mittelpunkt von Klassenauseinandersetzungen stehen, vor allem auch von Auseinandersetzungen der beiden Weltsysteme«.

Betrachtet man unter diesem Aspekt die Gruppen eins bis drei obiger Aufstellung von Bezeichnungsmöglichkeiten im Wortschatz der Ost-CDU, so fällt neben der insgesamt großen Vielzahl auch eine quantitative wie qualitative Differenz zwischen den Bezeichnungen für das westliche und östliche Gebiet ab 1949 auf. Die Benennungen *westlicher deutscher Sonderstaat*, *westdeutscher Sonderstaat* und *westdeutscher Separatstaat* machen sprachlich den Teilstaatcharakter, der in der offiziellen Bezeichnung *Bundesrepublik Deutschland* nicht enthalten ist⁵⁷, auf zweierlei Weise deutlich: 1. durch die neutrale geographische Kategorie *west* und 2. wertend durch die Verbindung mit *Sonder-* bzw. *Separat-*. Damit wird impliziert, daß die »westlichen Separatisten« den Zustand der Teilung zu verantworten haben.⁵⁸ Bei verschiedenen Korpusanalysen wurde eine Frequenzspitze für diese Ausdrücke für den Jahrgang 1949 des »Neuen Deutschland« festgestellt.⁵⁹ Bei der Ost-CDU sind sie ebenfalls 1949 verstärkt anzutreffen. In bezug auf diese Ausdrücke kann also von einer identischen Verwendung in der Unions- wie in der DDR- bzw. SED-Sprache gesprochen werden.

Ebenso verhält es sich mit der von 1949-1969 am häufigsten gebrauchten Bezeichnung *Westdeutschland*.⁶⁰ Auch hier wird der Aspekt der Teilstaatlichkeit unter Verweis auf geographische Verhältnisse betont, ohne daß weitere staatspezifische wesentliche Merkmale benannt werden, wie es z. B. bei der Bezeichnung *Bundesrepublik* der Fall ist. Erst nach 1969 verlor das Lexem *Westdeutschland* seine Funktion als »Standardbezeichnung«⁶¹ wegen der in diesem Ausdruck implizierten und als unangemessen empfundenen Bezeichnung »Ostdeutschland« und fiel ganz im öffentlichen Diskurs der DDR weg.⁶² Das in Ost-Berlin erstellte Wörterbuch der deutschen Gegen-

57 Vgl. EBD., S. 204.

58 Vgl. MARZAHN (wie Anm. 43), S. 79 und 183.

59 Auch wenn ihre Zählung differiert: in *Wörter und Wortgebrauch in Ost und West* (wie Anm. 30), S. 1267, sind es vier Belege, bei MARZAHN (wie Anm. 43), S. 176 ganze zwölf für den Ausdruck *westdeutscher Separatstaat*.

60 Vgl. MARZAHN (wie Anm. 43), S. 181.

61 Vgl. EBD., S. 170 und 182.

62 Vgl. EBD., S. 182.

wartssprache (WDG) bucht daher *Westdeutschland* mit der Angabe »veraltend Bezeichnung für BRD«. Der Leipziger Duden von ¹⁴1951 dagegen verzeichnet den Ausdruck noch als uneingeschränkt gültig. Das Lexem wird im Durchschnitt in 72 % aller Verwendungen in beeinflussenden Texten gebraucht.⁶³ Dabei erfährt es eine negative Wertung in entsprechenden Kontexten ebenso wie das zugehörige Adjektiv *westdeutsch* in seiner Neubedeutung zur Gebietskennzeichnung der drei ehemaligen westlichen Besatzungszonen seit 1949.⁶⁴ In der offiziellen Kommunikation der DDR wird in solchen Kontexten vereinzelt *deutsch* im negativen Sinne für *westdeutsch* verwendet.⁶⁵ Häufiger jedoch wird *deutsch* gegen *westdeutsch* ausgetauscht.⁶⁶ Diese Erscheinungen lassen sich auch in der Lexik der Ost-CDU nachweisen:

1. Negative Wertung in Texten mit beeinflussendem Ziel:

»[...] als die Spaltung Deutschlands ein Bestandteil der militärischen und politischen Bündnispolitik der Westmächte gegen die östlichen Völker ist mit dem Ziel, *Westdeutschland* zum Aufmarschgebiet zu machen, die *westdeutschen* Gebiete als militärisches Vorfeld in Anspruch zu nehmen und die Wirtschaftskraft *Westdeutschlands* in den Dienst der westlichen Rüstungspolitik zu stellen (49c); aggressiver Charakter der Remilitarisierung *Westdeutschlands* (51e); In der *westdeutschen* Armee soll der gleiche »Führer befiehl, wir folgen!«-Kadavergehorsam⁶⁷ herrschen wie in der Armee Hitlers. (55d); gelang es Adenauer, die *westdeutsche* Bevölkerung in ein Meer von Lüge, Vernebelung und Verdrehung zu tauchen« (57c).

2. Distanzierender, gegenüberstellender Gebrauch:

»Dieses *Deutsch* war nicht das der Aggressoren von Bonn [...], sondern es war das *Deutsche* derjenigen Patrioten, die ihre ganze Kraft auf eine friedliche und freundschaftliche Beziehung zu allen Völkern richten. (53a); den *westdeutschen* Bundestagswahlen« (57c).

3. Austauschbarkeit *deutsch/westdeutsch* in negativem Sinne:

»entlarvte die amerikanisch-englische Interventionspolitik in Westdeutschland und das Wiedererstehen des *deutschen* Imperialismus (55d); der Wahlerfolg der Partei des *deutschen* Imperialismus und Monokapitals [statt West-CDU]« (57c).

63 Vgl. EBD., S. 181.

64 Vgl. *Wörter und Wortgebrauch in Ost und West* (wie Anm. 30), S. 1267 und 1275.

65 Vgl. BARTHOLMES (wie Anm. 24), S. 16.

66 Vgl. *Wörter und Wortgebrauch in Ost und West* (wie Anm. 30), S. 286 und 1267.

67 *Das Kleine Fremdwörterbuch*, hrsg. vom VEB Bibliographisches Institut Leipzig, 5. Auflage, Leipzig 1972, verbucht dieses Kompositum als eigenständiges Lemma mit sehr negativer Begriffsexplikation. Ebenso der Leipziger Duden ¹⁵1959.

Als »Neuprägung BRD« kennzeichnet das ostdeutsche Wörterbuch der deutschen Gegenwartssprache (WDG) die Bezeichnung *Bundesrepublik Deutschland*. Weder der Leipziger Duden von ¹⁴1951 noch der von ¹⁵1959 verzeichnen das Lemma *Bundesrepublik (Deutschland)*. In bezug auf das »Neue Deutschland« konstatiert MARZAHN als »wohl bemerkenswerteste Erscheinung [...] das fast völlige Fehlen der amtlichen Vollform Bundesrepublik Deutschland«⁶⁸. Die Kurzform *Bundesrepublik* dagegen ist die am dritthäufigsten belegte Einzelform zur Bezeichnung des westlichen Teilstaates.⁶⁹ Politisch wurde der Name *Bundesrepublik Deutschland* bis zur Wende in der Deutschlandfrage 1969 nicht anerkannt. Zu sehr stand hinter diesem Ausdruck der Alleinvertretungsanspruch Westdeutschlands.⁷⁰ Gemäß der offiziellen DDR-Doktrin wurde »Deutschland« zunehmend zu einem historischen Begriff.⁷¹ Die Ost-CDU vollzog diese bereits in den fünfziger Jahren in Ansätzen bestehende Deutung mit, wie sich an der weitgehenden Vermeidung der Bezeichnung *Bundesrepublik Deutschland* und des Ausdrucks *Deutschland* zeigt.

Stereotype Verwendungsweisen

Neben der Vermeidung und Bevorzugung von Lexemen, wie es sich in der Lexik quantitativ niederschlägt, bestehen verschiedene Möglichkeiten einer qualitativen Veränderung von Lexemen im Wortschatz einer Gruppe. Im hier behandelten Bereich der Benennungen für Deutschland und des Einheitsdiskurses geschieht dies v. a. durch eine konsequente Verwendung von Ausdrücken in festgelegten Kontexten und in Verbindung mit Attributen, die als wesensbestimmende invariante Merkmale erscheinen und bestimmte inhaltliche Aspekte hervorheben. Käßler nennt als Beispiel einige Bezeichnungen für sozialistische Staaten im »Neuen Deutschland« und kommt zu dem Schluß: »Es sind adäquate Benennungen, deren Benennungsmotiv besonders die Hervorhebung der begrifflichen Elemente des Friedlichen und der demokratischen Erneuerung ist.«⁷² Das Verhältnis von Kontext und merkmalsbestimmenden Attributen, die sie zur Benennung rechnet, bezeichnet sie als »dialektische Einheit«, die sich darin zeige, daß »bestimmte Benennungen bestimmte Kontextelemente erfordern oder ausschließen und

68 MARZAHN (wie Anm. 43), S. 186.

69 Vgl. EBD., S. 187.

70 Vgl. BERSCHIN (wie Anm. 17), S. 22.

71 Vgl. EBD., S. 28 f. Vgl. *Wörterbuch der deutschen Gegenwartssprache*, 1. Auflage 1967, Art. »Deutschland /Ländername« und *Wörterbuch der deutschen Gegenwartssprache*, 2. Auflage 1974: Art. »Ländername für das Territorium der deutschen Nation, besonders des ehemaligen deutschen Staates bis zur Herausbildung der zwei deutschen Staaten DDR und BRD 1945«.

72 KESSLER (wie Anm. 43), S. 205.

daß zum anderen auch in bestimmten Kontexten jeweils bestimmte Benennungen vorkommen.« So komme es, daß »das Merkmal ›sozialistisch‹« in der DDR-Presse »abwertende Kontextelemente« ausschließe.⁷³

Im Wortschatz der DDR lassen sich seit ihrer Gründung viele solcher konnotationsbestimmten⁷⁴ Wortverbindungen feststellen.⁷⁵ Die in der Deutschlandpolitik und im Einheitsdiskurs relevanten Stereotypen finden sich in großer Zahl auch im Sprachgebrauch der Ost-CDU. Es handelt sich dabei u. a. um Kombinationen der Lexeme *Einheit*⁷⁶, *Wiedervereinigung* und *Deutschland* mit den Adjektiven *einig*, *einheitlich*, *demokratisch* und *friedlich*, häufig auch in Reihung, z. B.:

»demokratisches Deutschland (57a); ein einheitliches demokratisches Deutschland (52a); ein einheitliches, friedliches und demokratisches Deutschland (51d/52a); friedliche und demokratische Wiedervereinigung Deutschlands (54a); Wiedergeburt eines einigen Deutschlands auf demokratischer Grundlage (50g); Wiederherstellung der deutsche Einheit auf demokratischer und friedlicher Grundlage (57a); die deutsche Wiedervereinigung auf friedlicher und demokratischer Grundlage (57c); für ein einheitliches Deutschland, das ein Land des Friedens, der Demokratie und des sozialen Fortschritts sein muß« (57a).

Bezeichnend ist die Zahl der Varianten. Einen Hinweis auf die Usualität solcher Lexemverbindungen liefert das Wörterbuch der deutschen Gegenwartssprache (WDG), das unter dem Lemma *Deutschland* als Beleg aufführt:

73 EBD., S. 206.

74 Im Unterschied zur Denotation, die den kontext- und situationsunabhängigen, konstanten begrifflichen Kerninhalt eines sprachlichen Ausdrucks darstellt, liegen mit Konnotationen individuelle, subjektive, variable, emotive Inhaltskomponenten von Wörtern vor. Zum instrumentellen Einsatz von Konnotationen in der DDR vgl. den Aufsatz von Birgit STOLT, *Ab- und Aufbau von Konnotationen. Ein Diskussionsbeitrag zum sprachlichen Ost-West-Problem*, in: *Zum öffentlichen Sprachgebrauch in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR. Methoden und Probleme seiner Erforschung* (Sprache der Gegenwart, Bd. 18), zusammengestellt von Manfred W. HELLMANN, Düsseldorf 1973, S. 266-287.

75 Vgl. HELLMANN (wie Anm. 22), S. 522. Siehe auch die für die sechziger Jahre ost-west-vergleichende Untersuchung von Inge KRAFT, *Zum Gebrauch des attributiven Adjektivs in beiden Teilen Deutschlands mit besonderer Berücksichtigung des russischen Spracheinflusses*, in: *Muttersprache* 78 (1968), S. 65-78, S. 65 f.: »Im Umgang mit Texten aus dem ›Neuen Deutschland‹ [...] fällt der übermäßig reichliche Gebrauch des attributiven Adjektivs auf. Hinzu kommt eine bedeutende Formelhafteigkeit [...]«.

76 In dem Lexem *Einheit* treffen sich der vom Synthese-/Unionskonzept bestimmte ideologische Anspruch der CDU und die von der KPD bereits 1933 vertretene Parole der »Einheit der Arbeiterklasse«. Vgl. dazu BARTHOLMES (wie Anm. 24), S. 23, und REICH (wie Anm. 26), S. 64. 1950-1956 war die Einheit Deutschlands ein herausragender Themenkomplex in der SED-Propaganda. Vgl. auch *Wörter und Wortgebrauch in Ost und West* (wie Anm. 30), S. 333 ff.

»ein demokratisches, einheitliches D.« Damit sind zwei wesentliche Epitheta zum Lexem *Deutschland* genannt.

Korpusanalysen belegen, daß in den Jahrgängen 1949-1959 des »Neuen Deutschland« *demokratisch* mit *deutsch*, *friedlich*, *friedliebend* und *einheitlich* reihend verbunden wird, insbesondere vor den Substantiven *Deutschland* und *Staat* sowie in Verbindung mit der Konstruktion *auf ... Grundlage*.⁷⁷ Eine umfassende Liste mit Häufigkeitsangaben liefert die Korpus-Untersuchung von MARZAHN⁷⁸, wobei die Verbindung der drei Epitheta *einheitlich*, *friedliebend* und *demokratisch* mit *Deutschland* im Jahrgang 1954 des »Neuen Deutschland« die häufigste Kombination darstellt. Es ist anzunehmen, daß sie zu jenen Adjektiven gehören, die nach Mitteilung des Kommunisten A. Köstler »sowohl ungefährlich als auch vorschriftsmässig waren«⁷⁹.

In ihrer stereotypen Verwendung treten sie im Sprachgebrauch der Ost-CDU zuerst Anfang der fünfziger Jahre wahrnehmbar auf und nehmen an Zahl und Frequenz kontinuierlich bis zum Ende des Beobachtungszeitraums zu. Sie werden damit zu sprachlichen Symptomen eines zunehmenden Anpassungsdrucks der Union im Verlauf der Stabilisierung der DDR nach ihrer Gründung 1949. Gerade im Wortschatzbereich der Außen- und Deutschlandpolitik war die Gefahr groß, sich durch abweichende Wortwahl der SED politisch verdächtig zu machen. So verwundert es nicht, daß dieser Teil der CDU-Lexik im Untersuchungszeitraum stärker als die bereits analysierten Bereiche, in denen die Union länger ihre ideologische Eigenständigkeit bewahren konnte, von dem durch die SED-Parteisprache dominierten politischen Sprachgebrauch der DDR beeinflusst wurde.

Die lexikalischen Einheiten zur Bezeichnung für Deutschland als Ganzes sowie seiner beiden Teilstaaten nach 1949 und zur Verbalisierung der Forderung nach Einheit und Wiedervereinigung stellen einen der am weitesten ausgebauten und durch die politische Sprache der DDR am deutlichsten geprägten Bereiche der CDU-Lexik dar, wie die exemplarische Darstellung des Lexems *Nation*, die Benennungen für die Bundesrepublik Deutschland und die Untersuchung sprachlicher Stereotypen zeigt.

3. Überblick: die Entwicklungstendenzen des Wortschatzes der Ost-CDU

Eine Analyse der Lexik der Ost-CDU⁸⁰ zeigt deutlich, daß die historischen Ereignisse nach 1945 auch Auswirkungen auf den Parteiwortschatz der

⁷⁷ *Wörter und Wortgebrauch in Ost und West* (wie Anm. 30), S. 257 und 453.

⁷⁸ MARZAHN (wie Anm. 43), S. 194-196.

⁷⁹ Zitiert nach BARTHOLMES (wie Anm. 24), S. 51.

⁸⁰ Zur genauen Analyse der einzelnen Phänomene vgl. meine Arbeit (Anm. 1).

Union hatten. Der CDU-Wortschatz von 1945-1957 läßt sich grob in drei Phasen einteilen:

1. Phase: In den Jahren 1945 bis 1949 besaß die CDU – soweit es unter der sowjetischen Besatzungsmacht möglich war – eine relative politische wie ideologische Eigenständigkeit. Diese zeigt sich in der selbstbewußten und zum Teil auf Abgrenzung zu anderen Parteien zielenden Vertretung eigener ideologischer Konzepte. Die programmvertretenden Schlagworte *Christlicher Sozialismus* und *Sozialismus aus christlicher Verantwortung*, deren antimarxistische Interpretation bis 1951 Gültigkeit hatte, an deren Ersetzung aber bereits 1950 parteiintern gearbeitet wurde, sind Ausdruck dieser selbstbewußten Haltung. Im Rahmen des Programms »Sozialismus aus christlicher Verantwortung« kam es bei einer relativ häufigen Verwendung religiösen Wortguts auch zu einer religiösen Interpretation politischer bzw. standardsprachlicher Lexeme (z. B. *fortschrittlich*, *sozialistisch*, *Synthese*). Daneben wurden meist über die Vorstufe der usuellen Kombination von lexikalischen Einheiten aus dem Bereich der Religion (z. B. *christliche Demokraten*) mit solchen aus der Politik ursprünglich religiöse Ausdrücke ihres transzendenten Gehalts entleert und säkularisiert (hier z. B. *christlich*). Kennzeichnend ist der oft unreflektierte Gebrauch solcher Lexeme in der politischen Sprache der Partei. Charakteristisch für diese erste Phase ist auch der erhöhte Definitionsbedarf zahlreicher lexikalischer Einheiten, die im Nationalsozialismus und in der marxistisch-leninistischen Tradition ideologisch einseitig festgelegt waren (z. B. *Demokratie*, *Sozialismus*, *Fortschritt*). Der Wortschatz der CDU weist von 1945 bis 1949, sowohl was seinen Bestand als auch die Verwendungsweise der Lexeme anbelangt, die höchste Spezifität und damit Eigenständigkeit im Untersuchungszeitraum auf.

2. Phase: Die Jahre von der Gründung der DDR bis zur Anerkennung der führenden Rolle der SED auf dem sechsten Parteitag der Union 1952 können als Übergangsphase bezeichnet werden. Während einige Wortschatzbereiche wie die der Wirtschaft und der Außenpolitik (mit dem weit ausgebauten Wortfeld der Bezeichnungen für Deutschland, die beiden deutschen Staaten und die Forderung nach Wiedervereinigung) bereits im Vergleich zum SED-Sprachgebrauch keine nennenswerte Spezifität mehr aufweisen (vgl. *Nation*, *Deutschland*, *westdeutscher Separatstaat*), zeichnen sich die ideologisch eigenständigeren Wortschatzbereiche, durch CDU-spezifische Lexeme und Verwendungsweisen aus. Dazu zählt auch das Vokabular des »Christlichen Realismus« mit seinen Schlagworten (z. B. *Thesen des Christlichen Realismus* und Varianten, *Realismus*), die z.T. noch über diese Phase hinaus bis 1954 wirksam blieben. Damit einher geht der Versuch, sich durch eine erhöhte Verwendung religiösen Wortguts als christliche Partei zu profilieren. Die Frequenz religiöser Ausdrücke steht dabei jedoch in keinem Verhältnis zu den damit verbalisierten programmatischen Aussagen, die unter dem An-

passungsdruck an die herrschenden Machtverhältnisse zunehmend marxistischen Theorien entsprechen. Auch im Lexeminventar treten Veränderungen auf. Teils verschwinden auffällige Lexeme der Anfangsjahre (z. B. *Toleranz*, *Freiheit*), teils werden Vokabeln aus dem sozialistischen Parteiwortschatz in unspezifischer Verwendung durch die CDU übernommen. Dabei handelt es sich v. a. um Elemente des Kampfvokabulars (z. B. *Aggression*, *Krieg*, *Kampf*), die sich zunehmend gegen den politischen und ideologischen Gegner in der Bundesrepublik Deutschland richten.

3. Phase: Mit dem Jahr 1952 liegt trotz des darüber hinaus wirksamen Programms »Christlicher Realismus« eine Zäsur im Wortschatz der Ost-CDU vor. Die Gleichschaltung der Partei, die in einigen bereits erwähnten Wortschatzbereichen ab 1949 zu Angleichungsprozessen auf sprachlicher Ebene führte, tritt nun umfassend zutage. So wird der Wendepunkt zu einer Gleichschaltung der Union in ihren offiziellen Äußerungen auch auf sprachlicher Ebene markiert. Nach und nach zeigt sich neben einem entsprechenden Umbau des Lexeminventars (z. B. im Verschwinden religiösen Wortguts) auch eine veränderte inhaltliche Interpretation ideologierelevanter Lexeme (z. B. *Sozialismus*, *Demokratie*). Neben einer solchen Schlagwortanpassung sind zahlreiche direkte Übernahmen marxistisch-leninistischer Termini zu verzeichnen (vgl. *Kader*, *Imperialismus*). Der Wortschatz erfährt mit der Durchsetzung des kämpferischen marxistisch-leninistischen Friedenskonzepts in der CDU im Bereich militärischer Ausdrücke einen weiteren Ausbau. Ab 1952 und verstärkt 1957 sind negativ wertende Komposita mit *Adenauer*- als spezifisch für die CDU zu verzeichnen. DDR-Schlagworte wie *friedliche Koexistenz* sind mit leichter Verzögerung auch im CDU-Wortschatz aufzufinden. In dieser Phase wird auch der wirtschaftsbezogene Wortschatzbereich der Union stark erweitert. Die inhaltlich an der ökonomischen Theorie von Marx orientierten Lexeme werden von der Partei weitgehend unspezifisch verwendet, während bis 1951 noch eine deutlich auf Abgrenzung zielende Anwendung und einige Bezeichnungsspezifika zu verzeichnen waren, so wurde z. B. statt des Wortes *Plan* der Ausdruck *Lenkung* als Alternative bevorzugt. Mit diesen Erscheinungen einher geht die Übernahme DDR-typischer Stereotypen.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß die Entwicklung des CDU-Wortschatzes nicht losgelöst von den politischen Ereignissen in der SBZ/DDR vor sich ging, auch wenn einzelne Wortschatzbereiche sich unterschiedlich und zum Teil zeitverzögert dazu verändern. Eine Sprachlenkung durch die SED als herrschende Staatspartei fand allerdings nur vermittelt über die von ihr maßgeblich beeinflussten und dominierten historischen Geschehnisse und die Medien statt. Von einer Sprachmanipulation kann jedoch keinesfalls ausgegangen werden, da – wie zahlreiche interne Äußerungen belegen – Bevorzugung und Vernachlässigung von ideologisch relevanten

Lexemen und Verwendungsweisen stets bewußt aufgrund intensiver Reflexion und Diskussion in den Arbeitskreisen erfolgte. Bei der Analyse der CDU-Lexik ist jedoch immer der pragmatische Aspekt zu beachten, daß die Union in ihren offiziellen Äußerungen zwischen den beiden Polen sprachlich bezeugter Linientreue und sprachlich geleisteter Profilierung und Rechtfertigung als eigenständige Partei Ausgleich schaffen mußte.

Allerdings fand die Anpassung der CDU-Lexik an den Sprachgebrauch der DDR und der sozialistischen Staatspartei eine Grenze bei allzu kommunistisch belegten Ausdrücken wie *Proletarier* und *Klassenkampf*. Solche Formulierungen stießen von seiten der Parteibasis auf Widerstand und führten zu heftigen Diskussionen.

Insgesamt ist der Wortschatz der Christlich-Demokratischen Union aufgrund ihres kulturellen Hintergrundes charakterisiert durch eine im Vergleich zu anderen SBZ/DDR-Parteien überdurchschnittliche Verwendung religiösen Wortguts. Außer dem Parteinamen, der – selbst eine wichtige lexikalische Einheit – die wesentlichen Kategorien des Parteidenkens in den Kernlexemen *christlich*, *demokratisch*, *Union* und *Deutschland* vorgibt, und einer ganzen Reihe von Wertungs- und Verwendungsspezifika (insbesondere bis 1952) sind für den CDU-Sprachgebrauch noch einige funktionssprachliche Ausdrücke (v. a. Bildungen mit *Union*, z. B. *Unionsfreund*) als Bestandsspezifika kennzeichnend.

Angesichts des oben erhobenen Befundes, daß in der Lexik der Ost-CDU eine zunehmende Anpassung des Lexeminventars und seiner Verwendungsweise in den Jahren 1945-1957 stattfand, stellt sich die Frage, ob und inwieweit der Wortschatz der Union außerhalb der parteieigenen Darstellungen im öffentlichen Diskurs der DDR repräsentiert war.

Von großer Wichtigkeit schienen die in der Union so frequent gebrauchten, programmbezeichnenden Mehrwortlexeme des »Christlichen Sozialismus« und »Christlichen Realismus« für die offizielle Sprache der DDR nicht gewesen zu sein. Gebucht werden sie jedenfalls nicht in den DDR-Lexika, und auch im »Neuen Deutschland« findet kein nennenswerter Gebrauch dieser Lexeme statt. Auch wenn die Ost-CDU im Verlauf der Friedenskampagne viele Termini des marxistisch-leninistischen Klassenkampf vokabulars übernahm, so fanden von ihr ausgehende invektive Ausdrücke andererseits keinen Eingang in die Sprache des »Neuen Deutschland« oder in die Lexika. Die Bildung von Komposita mit *Adenauer-* zur Diffamierung der westdeutschen Politik wurde nicht durch die SED übernommen, die statt dessen Bildungen mit *Bonn-* bevorzugte.

Vergleicht man diese geringe Repräsentation der für die CDU wichtigen Lexeme im öffentlichen Diskurs der DDR mit den zahlreichen Übernahmen aus dem marxistisch-leninistischen Wortschatz und den Umdeutungen im

Sinne des SED-Sprachgebrauchs, scheint es fraglich, ob man ab Mitte der fünfziger Jahre in bezug auf die Blockpartei CDU überhaupt noch von einem spezifischen Parteiwortschatz sprechen kann. Von einer oppositionellen, auf Differenz angelegten Sprache kann jedenfalls keine Rede sein. Die Frage, ob sie im politischen System der DDR überhaupt möglich gewesen wäre, soll hier dahin gestellt bleiben.

Siglenverzeichnis

- 45a Gründungsaufruf der Christlich-Demokratischen Union. 26 Juni 1945. ACDP VII-011-2376.
- 45b »*Unsere Zeitung Neue Zeit*« in: *Neue Zeit* v. 22 Juli 1945.
- 45c Agitationsmaterial Folge Ia. 1945 [?]. Manuskript. ACDP VII-012-1027.
- 46 a Der soziale und staatspolitische Wille der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands. Rede Jakob Kaisers, Berlin 13. Februar 1946. In: Jakob KAISER, *Wir haben Brücke zu sein. Reden Äußerungen und Aufsätze zur Deutschlandpolitik*, hrsg. von Christian HACKE, Köln 1988, S. 86-99. [Anschreiben von G. Dertinger inkl. Verteiler des Manuskripts. ACDP VII-010-2179].
- 46c »Die Christlich-Demokratische Union ruft auch Dich!«. 1946 [?]. Flugblatt. ACDP VII-012-2401.
- 46d »Achtung! Hier spricht die CDU«. 7. Aug. 1946. Flugblatt. ACDP VII-012-2401.
- 46e »Arbeiter der Stirn und der Faust«. 1946. Flugblatt. Wiederabdruck in: *Der Tagesspiegel* v. 3. Sept. 1976.
- 47a »Rüstzeug für die Freunde der Union: Vom Wesen des christlichen Sozialismus«, in: *Die Union* v. 16. April 1947.
- 47b Grundsätze zur Verfassung. 1. April 1947. Manuskript Vorstand. ACDP VII-010-2037.
- 48a »Unbeirrbar sozialistisch«, in: *Union teilt mit* v. März 1948, S. 1-2.
- 48b »Entscheidung aus gesamtdeutscher Verantwortung«, in: *Union teilt mit* v. Juni 1948.
- 49a Satzung von 1949, Berlin 1949.
- 49b »An Deutschland! Erklärung der Christlich-Demokratischen Union«. Flugblatt. 1. Jan. 1949.
- 49c »*Erwartungen und Forderungen. Entschließung des Hauptvorstandes der CDU zur politischen Lage*«, in: *Union teilt mit* v. Okt. 1949.
- 50 a Neujahrsmittagessen 1950. 1. Jan. 1950. In: *Dokumente der CDU*, Bd. I, Berlin 1956, S. 43 f.
- 50 e Desczyk: »*Sozialismus aus christlicher Verantwortung*« (Vortrag), in: *Union teilt mit* v. März 1950.

- 50 f Götting: »Zum Jubiläum der NZ«, in: *Neue Zeit*, 23. Juli 1950.
- 50g »Entwurf! Thesen der CDU«. 3. Mai 1950. ACDP VII-010-1721.
- 50k »Ist ein nicht-marxistisch-leninistischer Sozialismus möglich?«. 1950. Manuskript. ACDP VII-013-878.
- 51 a Neujahrsaufruf 1951. 1. Jan. 1951. In: *Dokumente der CDU*, Bd. I, Berlin 1956, S. 93 f.
- 51b »Den deutschen Notstand bannen!«. 1951. ACDP VII-011-710.
- 51 c Götting: »Bedeutung der Arbeitstagung von Meißen«, in: *Neue Zeit* v. 30. Okt. 1951
- 51 d Götting: »Anleitung zum gemeinsamen Handeln«, in: *Neue Zeit* v. 4. Dez. 1951.
- 51 e Politische Entschließung des Hauptvorstandes. Jan. 1951. ACDP VII-011-710.
- 52a Satzung von 1952, Berlin 1952.
- 52b »Vorwärts zum 6. Parteitag und zum Aufbau des Sozialismus«. 1952. ACDP VII-012-2401.
- 52 c *Die Thesen des Christlichen Realismus. Bestätigte Fassung v. 18. Okt. 1952*, in: *Wir diskutieren die Meißener Thesen*, [Berlin 1952,] S. 80-85.
- 52 d Briefwechsel Rimpler/Desczyk im Jan. 1952 über die Meißener Thesen. ACDP VII-010-1459.
- 52e »Betr.: Schlußredaktion Meißener Thesen«. 30. Juni 1952. Manuskript: Übersicht über die Änderungsvorschläge. ACDP VII-010-1721.
- 53 a Götting: »In unzerstörbarer Freundschaft für den Frieden«, in: *Neue Zeit* v. 24. Mai 1953.
- 53 d Kommentar zu den Thesen des Christlichen Realismus. 14. März 1953. Manuskript des überarbeiteten Entwurfs von Trebs durch Bredendiek an Götting [bis einschl. These 2]. ACDP VII-010-3017.
- 54a Satzung von 1954, Berlin 1954.
- 54a' Änderungen der Satzung von 1954, Berlin 1954.
- 54b 1954: Jahr der vorbildlichen Parteiarbeit. Neujahrsaufruf des Politischen Ausschusses der Christlich-Demokratischen Union. 1. Jan. 1954. In: *Dokumente der CDU*, Bd. I, Berlin 1956, S. 199 f.
- 54c »Betr.: Wissenschaftlicher Arbeitskreis« v. 3. März 1954. Manuskript. ACDP VII-013-873.
- 55 a Neujahrsaufruf 1955. 1. Jan. 1955. In: *Dokumente der CDU*, Bd. I, Berlin 1956, S. 238 f.
- 55 b Otto Nuschke: »Jugendweihe«, in: *Neue Zeit* v. 16. Okt. 1955.
- 55c »Richtlinien und Themenplan für die Zirkelschulung«, in: *Union teilt mit* v. Febr. 1955, S. 11 f.

- 55d »Schwarz auf weiß. Das Schwarzbuch – eine Waffe zur rechten Zeit, in: *Union teilt mit* v. März 1955.
- 56 a Entschließung des Hauptvorstandes der Christlich-Demokratischen Union. Vorlage für die Sitzung v. 10./11. April 1956. Manuskript mit handschriftlichen Änderungen im Text und Änderungsvorschlägen v. 11. April 1956. ACDP VII-010-1028.
- 57a »12 Jahre Christlich-Demokratische Union«. 1957. ACDP VII-012-2401.
- 57c »Kraftzentrum gegen Adenauerpolitik«, in: *Neue Zeit* v. 19. Sept. 1957.
- 57f »Konzeption der Koexistenz – Ergebnis der Oktoberrevolution«, in: *Neue Zeit* 1. Okt. 1957.
- o.D.a »Die Geschichte der Christlich-Demokratischen Union«.[1949?]. Manuskript. ACDP VII-013-1244.